

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

64 (16.3.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abonnementspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Posthalter monatl. 1,10 M., 1/4 jährl. 3,30 M., zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M.; durch die Post 1,24 M. bezw. 3,72 M.; durch die Feldpost 1,25 M. bezw. 3,60 M., vorauszahlbar. Anzeigen: Freitag mittags. Geschäftsstelle: 1/8-1/11 u. 2-1/6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Blatzangeigen billiger. Bei Wiederholungen entfällt Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Sudbrüdererei Ged & Co., Karlsruhe.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

W. Großes Hauptquartier, 15. März. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz. Die tagsüber schwache Artillerietätigkeit verstärkte sich vor Einbruch der Dunkelheit in wenigen Abschnitten. Während der Nacht lebte sie in Verbindung mit eigenen und feindlichen Erkundungsvorstößen vorübergehend auf. — Die Frontlinie der Franzosen auf der Westfront von Reims wurde erneut in Tätigkeit beobachtet. Stilles Zerföhrungsfeuer lag von Mittag an auf unseren Stellungen nördlich und nördöstlich von Proignes. Starke französische Abteilungen, die am Abend in breiter Front vorrückten, konnten nur westlich von der Straße Lhuizh-Nauroy in unseren vorderen Graben Fuß fassen; im übrigen wurden sie im Nahkampf zurückgeworfen. Auf dem östlichen Maasufer hielt tagsüber gesteigerte Feuerstärke an.

Osten. Feindliche Banden, die in der Ukraine die von Gornel und Kiew nach Bachmatisch führenden Bahnen bedrohten, wurden in mehrfachen Kämpfen zerstreut. Bachmatisch wurde besetzt.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Sindenburgs und Ludendorffs Auffassung über die Kriegslage.
Berlin, 15. März. Ueber Sindenburgs und Ludendorffs Auffassung der militärpolitischen Lage bringen die Morgenblätter Mitteilungen, die die Kriegsberichterstattung an der Westfront von ihnen kurz vor der Abreise nach Berlin empfangen. Beide Männer waren erfüllt von den Ereignissen im Osten.

Die Reite, die uns morgen sollte, sagte Sindenburg, ist gegeben, wir können die ganze Kraft dem Westen zuwenden. Man wisse uns vor, daß wir im Osten als Gewalttätigen nicht aufgetreten sind, aber der Krieg ist keine weiche Sache. Es ist unvermeidlich, daß man sehr zugreift. Wir müssen uns auch unbedingt Grenzzureichungen schaffen, damit das Gland, das wir 1914 in Döhrrenben erlebten, sich nicht noch einmal wiederholen kann. Nicht wir, sagte Ludendorff, sondern die unerhörten Zustände in Rußland selbst haben den Westen wege getan. Als darauf hingewiesen wurde, daß die Heimat wohl den Sieg im Osten nach nicht in seinem ganzen Umfange erlöste, weil alle Kräfte nach dem Westen gerichtet seien, stimmte Sindenburg zu und meinte: Es ist ja immer so, daß man die Begebenheiten der Gegenwart nicht nach Gehör einschätzt. Zu den Verhältnissen im Westen meinte Sindenburg: Frankreich hat sich selbst sein Grab gegraben. Es hat sich gegen die englische Höflichkeit begeben. Wenn die Franzosen unsere armen gefangenen Kameraden anfälliger behandeln, so könnte man mit dem Unwill dieses Volkes nicht haben. Ludendorff sagte: Jetzt können wir an den Angriff denken. Kommt er, so wird er eine schwere Aufgabe werden. Man bedenke, daß der Feind an der englisch-französischen Front allein eine Menge Divisionen in Reserve hat, daß er ein gut ausgebildetes Bahnetz besitzt, um diese Reserven hin- und herzuführen. Aber auf die moralische Kraft kommt es an. Wir sind voll Vertrauen, daß der Kampf der entbrennt, auch glücken wird.

Der Pariser Gemeinderat gegen Luftangriffe auf das deutsche Hinterland.

Berlin, 14. März. Der „Magdeburger“ wird von Genf berichtet: Nach hier vorliegenden indirekten Pariser Meldungen hat der Pariser Gemeinderat nach einer mehrwöchigen Debatte von größter Heftigkeit nahezu einstimmig den Beschluß gefaßt, der Regierung dringlich nahezuweisen, sofern dadurch für Paris eine Wiederholung der letzten katastrophalen Ereignisse vermieden werde, Luftangriffe auf feindliche Gebiete nicht mehr auszuführen. In der gleichen Sitzung des Gemeinderats wurden 143 Verwundete als Opfer des Fliegerangriffs genannt.

Die Vergewaltigung Hollands.

Neuyork, 14. März. (W. Nicht amtlich.) Die „Associated Press“ meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten und England haben Holland unbegünstigt mitgeteilt, daß, wenn die schwebenden Abmachungen über die Benützung von holländischen Schiffen durch die Verbündeten nicht am 15. März angenommen werden, man die Schiffe zum Gebrauch für die Verbündeten beschlagnahmen wird.

Neue Verfenkungen.

Berlin, 14. März. (W. Nicht amtlich.) Im Sperrgebiet um England, vorwiegend im Vermeitanaal, fügten unsere U-Boote dem Gegner neuerdings einen Verlust von 20.000 Tonnentonnentonnen Handelschiffen zu. Alle verfeindeten Schiffe, darunter drei wertvolle Schiffe von 4000-5000 Tonnentonnentonnen, waren bewaffnet und größtenteils stark gesichert. Namentlich fektastell wurde der rieselbeladene französische

Dampfer „Senegambique“ (1628 B.R.L.). Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat der Kapitänleutnant Siebege.

W. Bern, 15. März. (W. Nicht amtlich.) Der „Progress de Lyon“ meldet: Der ehemalige deutsche Dampfer „Virginia“ und jegige amerikanische Dampfer „Jalon“ wurde auf der Ueberfahrt nach Frankreich von einem deutschen U-Boot durch Granatfeuer schwer beschädigt, konnte aber den nächsten französischen Hafen erreichen.

Erfolge unserer Luftstreitkräfte.

Berlin, 15. März. (W. Nicht amtlich.) Auch der 12. März zeigte bei durchschnittlich günstiger Witterung an der Westfront eine rege Tätigkeit und bemerkenswerte Erfolge unserer Luftstreitkräfte. Erfolgreich und verlustlos durchgeführte Erkundungsflüge, bis an 100 Kilometer hinter die feindliche Front, gewährten Einblick in die Maßnahmen des Gegners. Der Bahnnotenpunkt bei Chelons wurde mit 2500 Kilogramm Bomben angegriffen. Im ganzen verloren die Gegner 17 Flugzeuge und 3 Fesselballone. Wir verloren 5 Flugzeuge. Besondere Beachtung verdient der 65. Aufstieg des Mittmeisters Frhrn. v. Richthofen und der Abflug von drei Flugzeugen aus einem Geschwader von acht Einheiten, das die offene Stadt Freiburg mit Bomben angriff.

Oesterreichische Heeresfragen.

W. Wien, 15. März. (W. Nicht amtlich.) Im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses wies bei der Verhandlung über die kaiserliche Verordnung betr. Ausdehnung der Randsturmpflichtigen der Landesverteidigungsminister die von dem Sozialisten Leuthner an die höhere Führung der Armee im Kriege geäußerte Kritik und die Behauptung des polnischen Abgeordneten Haller zurück, wonach militärische Missionstruppen beeinflusst worden seien, gegen die polnische Nation besonders hart vorzugehen. Er teilte sodann den gestern erlassenen Armeebefehl betr. die Beurteilungen der älteren Landsturmführer mit und kündigte eine Reihe weiterer Maßnahmen an. Der Minister richtete an den Ausschuß den Appell, nicht außer Acht zu lassen, daß wir uns, wenn auch eine unserer Fronten dank der großen Erfolge unserer und der verbündeten Armeen mehr oder weniger entlastet sei, doch immer im Kampfe um unsere Existenz mit einem Gegner befinden, der uns zahlenmäßig überlegen ist und bedauerlicherweise bisher nicht in geringerer Neigung zeigte, auf einen Verständigungsfrieden einzugehen. Die Militärverwaltung verhält sich nicht den Wünschen der Bevölkerung, müsse aber andererseits auch darauf rechnen können, daß militärische Bedürfnisse nicht in den Hintergrund gestellt werden.

Kriegsvorbereitungen Cubas.

Washington, 13. März. (Reuter.) Die Regierung der Vereinigten Staaten hat der cubanischen Regierung einen Kredit von 15 Millionen Dollar bewilligt, um Cuba in seinen Kriegsvorbereitungen zu unterstützen, ferner ein neues Darlehen von 200 Millionen Dollar an England.

Herzogtum Kurland.

Berlin, 15. März. (W. Nicht amtlich.) Bei dem heutigen Empfang der Abordnung des kurländischen Landrates durch den Reichskanzler verlas Unterstaatssekretär von Radomski die Antwort auf den bekannten Vorschlag des Landrats. Darin heißt es: Mit lebhafter Freude und Genugung habe der Kaiser ersehen, daß der Wunsch des Landrates auf eine engere Verbindung des Herzogtums mit dem deutschen Reiche gerichtet ist. Der Ausführung dieses Wunsches steht nichts mehr im Wege. Seine Majestät haben mich beauftragt, im Namen des Deutschen Reiches, das wiedererrichtete Herzogtum Kurland als freies und unabhängiges Herzogtum anzuerkennen, ihm den Schutz und Beistand des Deutschen Reiches beim Aufbau seiner Verfassung, die auch eine Landesvertretung auf breiter Grundlage vorsteht, zuzusichern und wegen der Festlegung und Formulierung der vom Landrate beschlossenen engeren Verbindung mit dem deutschen Reiche das Weitere zu veranlassen.

Finnland.

Die Alalandsfrage.

Stockholm, 14. März. (Svenskatelegramm.) Die Bevölkerung von Alaland sandte gleichzeitig an den finnischen Senat, den König von Schweden und den deutschen Kaiser ein Telegramm, worin sie anheimstellt, auf den kommenden Friedenskongreß die Wünsche Alalands zu beachten, und sich zu einer neuen Volksabstimmung bereit erklärt, falls eine der genannten Regierungen es wünscht.

Stockholm, 14. März. (Privattelegramm.) Die „Sozialdemokraten“ mittels, fehrten vorgestern die schwedischen Sozialisten aus Finnland zurück, die dort versucht hatten, zwischen den Weißen Gardisten und den Roten Gardisten zu vermitteln. Sie haben nichts erreichen können, weil die revolutionäre Regierung in Helsinki im Vertrauen auf ihre bewaffnete Macht von einer Vermittlung nichts wissen wollte; doch habe das finnische Volkstammesrat das deutsche Kommando auf Alaland ersucht, mit ihm in Verhandlungen treten zu dürfen, was nach „Sozialdemokraten“ auch bewilligt worden sein soll.

Zwischen England und Oesterreich.

Kurz bevor der deutsche Reichstag abermals über neue Kriegskredite zu beschließen hat, haben im englischen Unterhaus und im österreichischen Reichsrat ähnliche Abstimmungen stattgefunden. Das englische Unterhaus hat den geforderten Kredit von zwölf Milliarden Mark einstimmig bewilligt. In Oesterreich ist das vielumstrittene Budgetprovisorium mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden, worauf die Annahme der Kriegskredite gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ohne Schwierigkeit erfolgte.

Die einstimmige Annahme der Kriegskredite im englischen Unterhaus bedeutet sicherlich alles andere als eine einstimmige Billigung der Politik, die von Lloyd George, Bonar Law und den anderen Mitgliedern des Kriegskabinetts getrieben wird. Ob dieses Kabinet überhaupt eigentlich noch eine Mehrheit im Unterhaus besitzt, ist eine offene Frage. Daß sie mit einer starken, leidenschaftlichen Opposition zu rechnen hat, ist kein Geheimnis. Ihre entschiedensten Gegner sitzen auf der äußersten Linken, die revolutionär-pazifistisch gestimmt ist. Man braucht nur Namen wie Ramsey MacDonald, Snowden, Holt, Trevelyan u. a. zu nennen, das sind ganz gewiß keine Leute, die nach der Gunst der Regierung schielen; in der ganzen Welt sind sie als radikalste Friedensfreunde und als entschiedenste Gegner der englisch-offiziellen Kriegspolitik rühmlichst bekannt. Trotzdem haben sie ihrer Abneigung gegen die Regierungspolitik nicht in der Form der Kreditablehnung Ausdruck gegeben, ebensowenig wie es die anderen Gruppen getan haben, die im entschiedensten Gegensatz zum Kabinet Lloyd George stehen.

Dabei war die Rede, mit der Bonar Law die Kriegskredite einbegleitete, durchaus nicht dazu geeignet, den Gegnern eine goldene Brücke zu bauen. Sie war durchdrungen von dem unerschütterlichen Glauben des Kriegs bis zum Ende, bis zum endgültigen Sieg. Als Früchte dieses Sieges traten die imperialistischen Kriegsziele Englands in Vorderachse, der Bau der großen Landbrücke nach Indien in möglichster Erscheinung. Alles an dieser Rede ist härtester Kriegspol. Jeder Satz ist eine glatte Waffe an die Vorkämpfer des Verständigungsfriedens. Trotzdem hat keiner von diesen gegen die Kriegskredite gestimmt.

England ist das Mutterland des Parlamentarismus, die Methoden des parlamentarischen Kampfes sind dort durch mehrhundertjährige Erfahrungen bis aufs feinste ausgebildet. In England aber fällt es keinem Menschen ein, die Abgeordneten als Regierungskredite zu beschimpfen, wenn sie trotz ihres scharfen Widerpruchs gegen die Regierungspolitik die Kriegskredite bewilligen. Und — merkwürdig! — auch auf dem Kontinent, wo jede Opposition für schwächlich erklärt wird, wenn sie nicht in der Verweigerung der Kredite mündet, auch auf dem Kontinent ist unser Wissen noch niemals eine Stimme der Kritik gegen die Haltung der englischen äußersten Linken laut geworden. Die kontinentalen Kreditbeweiger sind mit den kontinentalen Kreditbewilligern in der lebhaftesten Sympathie mit den englischen Friedenskämpfern einig — leider einer der sehr wenigen Punkte, in denen man noch einig ist —, niemals haben sie ihnen auch nur den leisesten Vorwurf daraus gemacht, daß sie nicht auch wie sie selbst die Kriegskredite ablehnen.

Ein anderes Bild bietet die Abstimmung in Oesterreich. Hier haben die Sozialdemokraten gegen die Kriegskredite, aber für das Budgetprovisorium gestimmt und dabei weiß alle Welt, daß die eigentliche Entscheidung nicht bei den Kriegskrediten, sondern eben beim Budgetprovisorium lag. Dies sollten die Rollen, um ihrer Entrüstung über die Abtretung von Galizien an die Ukraine Ausdruck zu geben, ablehnen, und damit zu Fall bringen. Sie hätten damit den ganzen künstlichen Aufbau der österreichischen Regierungspolitik in die Luft gesprengt und damit die allerfrüheste Kraftprobe geliefert. Die Sozialdemokraten wollten aber nicht durch die Ablehnung des Budgetprovisoriums Mittel zum politischen Zweck, bloßer Revolver in der Hand der Polen zu werden, sondern beschließen, für das Budgetprovisorium zu stimmen. Dadurch haben die Rollen ihren Plan vereitelt und sie halten sich, wie sie konnten: sie enthielten sich der Abstimmung. Gegen das Budgetprovisorium aber haben sie nicht gestimmt, offenbar aus der Erwägung heraus, daß sie alsdann in der Minderheit blieben und stat, wie sie gewollt hatten, ihre Macht doch bloß ihre Ohnmacht demonstrieren würden. Die Sozialdemokraten konnten aber nachher ihrer Abneigung gegen die Fortführung des Krieges, ohne die Situation weiter zu gefährden, Ausdruck geben, indem sie gegen die Kredite stimmten.

Das Verhalten der Opposition in England und in Oesterreich weist den gemeinsamen Zug auf, daß es nicht einer Aufwühlung des Gefühls einjuringen ist, sondern von klugen, taktischen Erwägungen bestimmt wird. Weder dort noch hier hat man sich der Forderung des Temperaments hingeegeben, die besteht, daß man einfach Brocken hinschmeißt und gegen alles, was da kommt, stimmen möge. Hier wie dort hat man sich gefragt: Aber was wird daraus?

Auch die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags steht vor einer schwierigen Entscheidung. Auch sie wird nicht einfach fragen dürfen: „Wie entlasten wir am besten“

am Mittwoch...
1. Zupromtuar
Diga Effel
oline von B. N.
Rondo Alle
berger, Wo
für vierstimmigen
15. Jahrschweren
c) Wegen
Häufiger Volkslie
ndo aus der So
nlein Marga
und Klavier von
lavier: Kräulem
op. 80 I. Es
di, Begleitung:
Das nächste Son
10. März, abends
1/2 Uhr, findet
öffentliche Prüfung
Hermann Ande
Karlsruhe, Baden
stag Abend
reinsolal. Be
2884
Mitglieder des
Besprechung am
mer der „Reue
werden entgegen
2888
reifen
ankarikeln
ern
n u. Kommunion
behalt
Haus
Geseh.
Linn's
strasse 51
on 1451
bentel
Farbenwahl
taschen
taschen
bentel
kataschen
ranzen
uppen
taschen
netuis
monikas.
ahme
raturen in
taschen. 277
es Glüd
ollekte wieder in
offerte M 50000
fuer u. viele andere
Kunde; ausgaben
gegen Kriegsk
n. Städte
nien. Staatslo
und Aktien, foun
ten Privatlofe p
Glüd zu!
l Gög
/15, 6. Rathhaus
ichsbad
erstrasse 135
in Wannen
Männer u.
rauen
Pfeunig.
er Mk. 5.—
wans,
neue, zu verkaufen
ei N. Köhler
genstr. 25.

Die Vorschlagsberatungen im Karlsruher Bürgerausschuß.

Es folgt die Beratung des Zentrumsantrags Kopf und Genossen dahingehend, die Grenze für freien Telephonverkehr möge erweitert werden und dort, wo dies nicht möglich, eine Minderung der Pauschalgebühr eintreten. Der Regierungsvertreter erklärte hierauf, daß vom Reich bereits eine diesbezügliche Verfügung im Bereich der badischen Operationsgebiete und der angrenzenden Orte ergangen sei. Wenn in einzelnen Postbezirken dieser Verfügung noch nicht entsprochen worden sei, so möge man der Regierung Mitteilung machen, die für Abhilfe sorgen werde. Weiter wurde beraten, die Petition der Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene über die Gründung eines sozial-hygienischen Instituts. Die Kommission beschloß u. a., die Regierung möge an der Techn. Hochschule in Karlsruhe die soziale Hygiene zum Gegenstand einer Vorlesung machen.

Der Ausschluß für Ernährungsfragen

In seiner Sitzung am Donnerstag zunächst den Bericht Weiskopf über die Titel 8 (Polizeiliche Maßnahmen mit wirtschaftlichem Neben Zweck) und Titel 9 (Bergelungsmassnahmen) entgegen. Kritisiert wird die Tätigkeit der Feuerwehr bei dem Brandunfall im „Museum“ zu Karlsruhe; die Grob. Regierung wird auf diese Vorgänge aufmerksam gemacht und um entsprechendes Eingreifen ersucht. Im übrigen finden die Maßnahmen der Regierung die Zustimmung des Ausschusses. Es folgt der Bericht Strobel über Titel 7, Maßnahmen sozialer Fürsorge. Gefordert wird eine politische Mittelstandspolitik in der Weise, daß dem Gewerbe und Handwerk treibenden die vielfach aus militärischen Gründen aufgekapelten Baumaterialien nach Kriegsende zu angemessenen Preisen direkt zugeführt werden. Die Praktiken verschiedener Betriebskrankenkassen, verletzten Kriegsbefähigten gegenüber werden ernstlich gerügt. Das Verlangen nach einem Verzicht auf Ansprüche gegenüber der Masse wird als unzulässig und ungebührlich bezeichnet. Kommission und Regierung sind einig in der Vertretung solcher Maßnahmen, die in Baden übrigens noch nicht beobachtet wurden. Bei der Erwerbslosenfürsorge wurde die Tätigkeit der Grob. Regierung anerkannt. Baritätlich geleitete öffentliche Arbeitsnachweise und deren Zentralisierung wurde im Interesse des Ausgleiches der sozialen Gegensätze gefordert. Der Antrag Dr. Wirth u. Gen., die Übergangswirtschaft und die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und deren Folgen betreffend, wurde angenommen. Die Petition der Textilarbeiter Girsch-Dunderscher Richtung hinsichtlich der Übergangswirtschaft in der Textilindustrie wurde der Regierung als Material überwiesen.

Der Landtag und die Wohnungsfrage.

Der allorts bestehende Wohnungsmangel und die bei der Heimkehr der Soldaten drohende Wohnungsnot veranlaßten die verschiedenen Organisationen der Gewerkschaften, der Arbeiter und Beamten, ebenso wie die einzelnen Parteien Eingaben den Bad. Landständen einzureichen, die Anregungen und Vorschläge für die Wohnungsfürsorge machen. In übersichtlicher Weise stellen die sieben erschienenen März-Mitteilungen (Landtagsnummer) des Landeswohnungsvereins die verschiedenen Eingaben zusammen, und berichten über die bereits ergriffenen Maßnahmen der Regierung. Außerdem enthalten die „Mitteilungen“ eine Zusammenstellung der Maßnahmen anderer Bundesstaaten, wohnungsstatistische Angaben aus badischen Gemeinden u. a. m. Alle, die Interesse für die jetzt und vor allem für die Zeit nach dem Kriege außerordentlich wichtige Wohnungsfrage haben, können die genannte Nummer der „Mitteilungen“ vom Landeswohnungsverein, Karlsruhe, Ministerium des Innern, kostenlos beziehen.

Wülheim, 14. März. Der Oberbischöfliche Weinbauverein hat Bürgermeister Dr. Engelmeier-Verrax einen Vortrag über die geplante Reichsweinsteuer, hierfür stellte er folgende Forderungen auf: Die Steuer muß durch die letzte Hand entrichtet werden. Die Steuer ist nicht nach der Menge, sondern nach dem Wert zu berechnen. Der Doustrunk muß steuerfrei bleiben. Die einschläglichen Steuern sind abzuhängen. Die Lösung der Steuerfrage muß mit dem Ausbau der Zölle erfolgen. Auslandsweine muß ebenso steuerpflichtig werden wie Inlandsweine. Diese Forderungen wurden unterst. von Landtagsabg. Dr. Vogt.

Bad. Rheinfelden, 15. März. Die hiesige Baugenossenschaft beantragte einen öffentlichen Verbands, an welchem Herr Dr. Pötel vom Landeswohnungsverein in Karlsruhe einen Vortragsvortrag über die Leistungen der badischen Baugenossenschaften hielt. Um der drohenden Wohnungsnot entgegenzutreten, plant die Genossenschaft zu ihren 23 Kleinwohnungen eine neue Siedlung auf städt. Gelände einschließlich Kriegsbefähigte, zu erbauen. An dem erfolgreich verlaufenen Abend gab Architekt Steffen in längerem Ausführungen interessante Ausblicke (s. B. daß am 1. Januar nur eine Wohnung mit zwei Personen in einem Stallgebäude leer stand) und entwickelte ein großzügiges Wohnungsprogramm für die Gemeinde. (M.W.)

Der Versand von Topinambur. Das Ministerium des Innern hat schon eine Verordnung erlassen, in welcher bestimmt wird, daß der Versand von Topinambur (Kartoffelknollen, Erdknollen) mit der Bahn oder mit dem Dampfschiff nur mit einem von der Geschäftsstelle der Bad. Kartoffelbergbauverein beim Einkauf südwestdeutscher Städte in Mannheim) abgestimmten Frachtfreier und der Versand mit Fußweg nur mit einem vom Bürgermeisteramt des betr. Versandortes ausgestellter Befreiungsschein zulässig ist. Durch diese Verordnung soll verhindert werden, daß Topinambur in großen Mengen aufgekauft und zur Verarbeitung auf Branntwein verwendet werden.

Gerichtszeitung.

Mannheim, 14. März. Der 17jährige Wilhelm Walter aus Mannheim, der schon in Zwangsverziehung war, machte mit zwei anderen Burschen in seinem Heimatort mehrere Einbrüche und ließ dabei Brot, Butter und andere Nahrungsmittel und Schuhe. Weitere Einbrüche machten sie in ein Bahnhofshaus und in eine Wohnung in Ostersheim. Walter wurde zu einem Jahr 3 Monaten Gefängnis, der ebenfalls sehr belästigte Valentin Verlinghoff zu 6 Wochen Gefängnis. Zwei geringer belästigte Burschen erhielten 2 und 6 Wochen Gefängnis.

In sechsstündiger Dauerführung erledigte der Bürgerausschuß gestern den diesjährigen städtischen Vorschlagsrat. Es wurde bei der Besprechung dieses vierten Kriegsvorschlags wie bei den früheren Beratungen gehalten, die Fraktionen hatten vereinbart, um die Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen, daß von jeder Fraktion je nur ein Redner sprechen solle, der dann im gesamten den Standpunkt seiner Partei und alle Wünsche und Beschwerden und Anfragen über die einzelnen Punkte des Vorschlags vorbringen sollte. Die gestrige Beratung hat wiederum gezeigt, daß diese Art der Besprechung des Vorschlags eher als ein Vorteil denn als ein Nachteil gegenüber dem Friedensrat zu bezeichnen ist, wo nur zu oft sich die Verhandlungen ins Uferlose verlieren und das wichtigste unter dem Wüsten an Kleinfrem, den hundertsten Spezial- und Sonderwünschen verloren ging. Es kann auch in dieser Hauptausprache von einem Redner all das gesagt werden, was früher ein Dutzend und noch mehr Redner vorzubringen hatten.

Zur Einführung gab der Oberbürgermeister einen Überblick über die finanzielle Lage der Stadt, er entwarf sein düsteres Bild, hielt sich aber auch von allzu rosigem Schilderung fern. Seine Hoffnung, daß eine eventuelle Kriegsentfaltung, die das Reich bei Friedensschluß von den Feinden erhalte, mitbessern könne, um die Schuldenlast der Stadt abzutragen, dürfte eine vergebliche sei. Wie hoch müßte der Betrag solcher einer Kriegsentfaltung sein, wenn alle deutschen Gemeinden etwas davon zur Tilgung ihrer Schulden abgeben wollten? Kein Staat kann das ausbringen. Und schließlich ist doch ein baldiger Friede ohne Kriegsentfaltung einem Frieden vorzuziehen, den wir erst in zwei oder drei Jahren erhalten, nachdem wir die Gegner zu niedrigeren Bedingungen haben — wenn es gelingt! — daß wir eine Entschädigung von ihnen verlangen können. Dieses überbürgermeisterliche Ausschloß wollte nicht so recht in den Rahmen der sonst klaren und interessanten Ausführungen passen.

Von unserer Seite sprach Gen. Hof zum Vorschlagsrat. In großzügiger, sachkundiger Rede behandelte er die städtische Kommunalpolitik vom sozialdemokratischen Standpunkt aus. Ein Kapitel für sich waren seine Ausführungen zur Wohnungsfrage, hier machte er eine Reihe praktischer, jetzt zu verwirklichender Vorschläge gegenüber den kürzlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters, die mehr auf die Zeit nach dem Kriege berechnet waren. Es ist dringend zu hoffen, daß seine Mahnungen beachtet werden, denn ohne Zweifel ist in der gegenwärtigen Zeit die Wohnungsfrage die brennendste.

* Karlsruhe, 15. März.

D. V. Siegrist eröffnete kurz nach 3 Uhr die Sitzung. Es sind 64 Mitglieder anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Oberbürgermeister mit, daß der Stadtrat beschlossen habe, daß die Stadt sich mit einem Betrage bis zu 5 Millionen Mark an der achten Kriegsanleihe beteiligen solle. Der geschäftsleitende Vorstand habe sich bereit erklärt, daß der Beschluß des Stadtrats heute schon zur Beratung komme. Ohne Debatte wird dem Antrag einstimmig zugestimmt.

1. Beschaffung von Wagen für die städtische Straßenbahn und die Karlsruher Lokalbahn.

Die Vorlage stand schon auf der Tagesordnung der letzten Bürgerausschusssitzung, wurde jedoch abgelehnt und an eine gemischte Kommission zu nochmaliger Prüfung verwiesen. Wir haben über den Inhalt der Vorlage bereits kürzlich das Nähere ausgeführt, es handelt sich um Beschaffung einer Nachforderung von rund 450 000 M für die Lieferung von 25 Trieb- und 20 Anhängerwagen für die städtische Straßenbahn und von 10 Triebwagen für die Karlsruher Lokalbahn.

D. V. Siegrist teilt mit, daß die Kommission die Vorlage eingehend beraten und beschließen habe, den Stadtvorordneten zu empfehlen, die Vorlage anzunehmen. Vorbehalten in dem Betrage sei, daß die Firmen nun jedes weitere Risiko allein tragen und keine Nachforderungen mehr machen dürften. Die Fabrik habe heute telegraphisch mitgeteilt, daß sie mit den Bedingungen einverstanden sei, nur die vorgesehenen Vertragsstrafen wollen sie nicht anerkennen. Es sei aber zu hoffen, daß auch dieser Vertragspunkt anerkannt werde. — **Stadtv. Schumann** schließt sich den Ausführungen des Oberbürgermeisters an, worauf die Vorlage ohne weitere Debatte einstimmig angenommen wird.

2. Gewährung von Beihilfen an Angehörige des Mittelstandes.

Es wird die Zustimmung des Bürgerausschusses dazu beantragt, daß die Stadt Karlsruhe der Mittelstandshilfskasse des Reiches Karlsruhe gegenüber die Bürgerschaft im Rahmen der „Grundzüge für Gewährung von Beihilfen an Angehörige des Mittelstandes“, die der Vorlage beigegeben sind, bis zum Höchstbetrage von 500 000 M übernimmt.

Ratm. Dr. Paul empfiehlt die Annahme der Vorlage. **Stadtv. Peter** schildert zunächst die Entstehung der Mittelstandshilfskassen. Die Teilnahme der Stadt in Gestalt einer Bürgerschaftsübernahme sei der richtige Weg. Sollte später eine Erhöhung der Mittel nötig sein, so hoffe er, daß auch dann der Stadtrat weitere Mittel bewilligen werde.

Stadtv. Altm befaßt sich ebenfalls mit der schwierigen Lage des Mittelstandes. Dem Handwerk droht Vernichtung, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden, um es aufzurichten. Zu solchen Mitteln gehören die in der heutigen Vorlage vorgesehene Unterstützung. Deshalb sei die Vorlage zu begrüßen. Auch die Selbsthilfe habe an der Wiederaufhebung des Handwerksmitguttagen. Nach viele Handwerker stehen außerhalb der Organisationen und Genossenschaften. Auch diese verdienen jede Unterstützung. Soffentlich könne bald der freie Handel wieder aufleben.

Stadtv. Weiland meint, die der Vorlage beigegebenen Grundzüge seien nur auf einen kleinen Kreis zugeschnitten; es sei zu wünschen, daß dieser Kreis erweitert werde. Das wichtigste sei aber, daß bald nach Kriegschluß durch den freien Handel die Notstoffe wieder beigebracht werden können.

Stadtv. Ebelmann hält es für eine heilige Pflicht der Nation, daß den Handwerkern aufgehoben wird. Was die Beschaffung der Notstoffe betreffe, so komme es auch darauf an, wie der Friedensschluß beschaffen ist. Dem Feind solle die Lieferung der Notstoffe auferlegt werden.

Stadtv. Kullmann:

Zufällig wird auch gerade im Reichstag über die Lage des Mittelstandes gesprochen. Wenn dort behauptet worden ist, die Sozialdemokratie sei der einzige Feind des Mittelstandes, so ist das eine Lüge. Der beste Gegenbeweis ist, daß die sozialdemokratische Fraktion dieser heutigen Vorlage zustimmt. Der Begriff des Mittelstandes hat sich im Kriege so verschoben, daß man von einem solchen Stande nicht mehr sprechen kann. Die wirtschaftliche Stellung des Standes ist rettungslos zusammengebrochen. Zu dem Mittelstand zählen auch die sogenannten freien Berufe, Ärzte, Künstler, Rechtsanwälte. Es ist zu begrüßen, daß auch für diese Berufe eine Hilfe in der Vorlage vorgesehen ist. Die Kriegsanleihe stehen ebenfalls in einer Beschleibziehung zu der Not des Mittelstandes. Die Entwertung des Geldes wächst dauernd, die Lebensmittel werden teurer, man kann sagen: Infolge der Vereinerung der Einnahmen, verarmen die Anderen. Nicht nur die Gemeinden sollten Hilfsaktionen einleiten, vor allem sei dies Aufgabe des Reiches. Und da sind die Mittel doch vorhanden. Denn da wird doch das Volkvermögen in ungeheurer Weise veräußert. Mit diesem Geld, das in die Taschen Weniger fließt, könnte man dem Mittelstande aufhelfen. Die ganze Kriegspolitur gehört verstaatlicht, es ist nicht einzusehen, warum der Staat die Einnahmen zwingt, ihr Leben zu opfern, und den Anderen erlaubt, sich in solcher Weise zu bereichern. Die Mittel wären in allererster Linie vorhanden zu einer durchgreifenden Hilfe für den Mittelstand. Die Voraussetzungen, unter denen nach der Vorlage die Hilfen gemährt werden, sind außerordentlich streng, es sei zu wünschen, daß die Stadtverwaltung die Entschädigungen in realvollständiger Weise trifft. Hoffentlich erfahren dann auch die Wünsche der Arbeiter die entsprechende Berücksichtigung.

Ratm. Dr. Paul glaubt, daß bei den steigenden Arbeitsmöglichkeiten nach dem Kriege sich das Handwerk leicht aufheben werde. Das Handwerk werde sicher wieder in die Höhe kommen. Ob die Notstoffe ganz freigegeben werden, sei fraglich, es wird geraume Zeit dauern, bis wieder der Notstoffbedarf voll gedeckt werden kann.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen.

3. Vorschlagsrat für 1918.

D. V. Siegrist führt zur Einbringung des Vorschlags folgendes aus:

Die Fraktionen haben sich über ein abgekürztes Verfahren geeinigt, wonach von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen soll. Der Vorschlagsrat selbst sei nicht nur in abgekürzter Form, sondern auch in beschleunigtem Tempo aufgestellt worden. Der ganze Ueberblick vom letzten Jahr betrage 2 881 000 Mark (gegen 1 882 716 M. v. J. 1916 und 711 053 M. von 1915). Die erfreuliche Besserung der städtischen Finanzen während des Krieges habe also auch 1917 kräftige Fortschritte gemacht.

An dem hohen Wirtschaftsumsatz von 1917 seien vor allem die Umlage-Nachträge mit einem Mehretrag von 1 250 000 M. und die Straßenbahn mit einem solchen von 550 000 M. beteiligt, während eine Reihe von Betrieben und Kosten (Elektrizitätswerk, Krankenhaus, Gutsverwaltung, die Umlage-Abgänge, die Passiv-Zinsen, die Gemeindeverwaltung u. a.) ungünstiger abgeschrieben hätten, als im Vorschlagsrat angenommen war.

Aus dem Vorschlagsrat sei vor allem die starke Steigerung des ungedeckten Aufwandes hervorzuheben. Er betrage 7 108 906 M. gegen 6 508 343 M., obgleich in den Einnahmen bereits die Erhöhung des Straßenbahntarifs, der Begräbnisgebühren, der Krankenhauszinsen und der Stadtgarteneintrittspreise berücksichtigt seien. Die Ausgabeerhöhung rühre in der Hauptsache her von der allgemeinen Teuerung und der dadurch erforderlichen Gewährung steigender Kriegszulagen und Teuerungsbefehle an das gesamte Personal. Namentlich aber spiele auch die Vermehrung der Schulden und die Erhöhung des Zinsfußes für diese eine Rolle. Aufser 48 Millionen Mark festen Schulden besaß die Stadt Ende 1917 etwa 33,64 Millionen schwabende Schulden, 12 Millionen mehr als im Vorjahre. Davon entfallen 7,3 Millionen auf die Kriegszulagen, 7,6 Millionen auf sonstige Kriegsausgaben, 5,2 Millionen auf gezeichnete Kriegsanleihen, rund 10 Millionen auf eigentliche Gemeinde-Zwecke und 2,4 Millionen sind noch unverwendet.

Wenn die Stadt am Ende des Krieges mit 20 Millionen Kriegsschulden belastet sei, habe sie dafür jährlich für Verzinsung und 1 v. d. Tilgung 1 200 000 M. aufzuwenden. Es wäre dringend zu fordern, daß ihr diese Last durch das Reich womöglich aus Kriegsschadigungen abgenommen werden könnte!

Die vom Bürgerausschuß genehmigten Anleihenbeträge seien übrigens mit obigen Summen nahezu aufgebraucht, so daß in nächster Zeit eine neue Bewilligung beantragt werden müsse, für das Nahrungsmittelamt sei eine Position von 1 Million in Einnahme und Ausgabe vorgesehen.

Der Oberbürgermeister bespricht sodann noch kurz die finanziellen Verhältnisse der städt. Gutsverwaltung, die vorläufig noch Zuschüsse erfordere, und des Konzerthauses, bei dem einer Jahresausgabe von 84 100 M. eine vorausschätzliche Einnahme von 30 000 M. gegenübersteht. Dabei weist er darauf hin, daß in der Ueberlassung des Konzerthauses an das Gutsverwalter zu einem verhältnismäßig niedrigen Mietzins bei den guten Einnahmen, die dort erzielt werden, ein beträchtlicher jährlicher Zuschuß der Stadt an das Hoftheater liege. Sodann erwähnt er die Erhöhung der Leistung der Stadt für die Schülerstipendien auf 60 000 M. und für den Landaufenthalt bedürftiger Schulkinder von 15 000 M. auf 20 000 M.

Es sei erfreulich, daß trotzdem die Umlage auf der gleichen Höhe bleibe wie in den vergangenen Jahren, und zwar ohne irgend welche besonderen finanziellen Hilfsmittel. Es sei dies sehr abermaligen starken Anwachsen der Steuerkapitalien um 175 Millionen zu verdanken (gegen 288 Millionen im Vorjahr). Eine Umlageerhöhung würde vor allem die Hausbesitzer getroffen und genötigt haben, die Mietzinsen zu steigern, was bisher mit

großen Opfern auch der Stadt (Nichterhöhung des Zinsfußes für die Hypotheken) vermieden worden und möglichst lange zu vermeiden sei.

Die Stadt Karlsruhe besitze aber auch noch finanziellen Spielraum, den andere Städte bereits ausgenutzt hätten, so die stärkere Heranziehung der Einkommensteuereinnahmen bis zu 2 Prozent des Umlagefußes, während wir noch auf 1,8 Prozent stehen, ferner Erhöhung von Gebühren, Einführung der Luftverkehrssteuer u. dergl. Immerhin müsse beachtet werden, daß auch im Voranschlag nicht vorgesehene Ausgaben im Lauf des Jahres auftauchen, so die weitere Erhöhung der Kriegszulagen und Teuerungsbefreiungen an das gesamte Personal. Schon in einigen Wochen werde die Vorlage hierwegen zu erwarten sein, die vielleicht eine halbe Million erfordere.

Trotzdem sei kein Grund zur Beunruhigung vorhanden, nachdem die städtischen Finanzen bisher allen Angriffen auf sie glänzend standgehalten. Er hoffe bestimmt, es werde dies die letzte Teuerungsvorlage und dieser Voranschlag der letzte Kriegsvoranschlag sein. Dank der herrlichen Leistungen unserer tapferen Soldaten und der alle Erwartungen übertreffenden Erfolge, insbesondere im Osten dürften wir den kommenden Ereignissen mit der größten Zuversicht entgegensehen, daß der fürchterliche Krieg bald siegreich mit einem auch unserer Stadt glückverheißenden Frieden ein heiß ersehntes Ende findet.

In der Aussprache spricht als erster Redner Stadtdr. Obmann Kren, der sich zunächst mit dem Kommunalverband beschäftigt, dem nun das Publikum nicht mehr so mißtrauisch gegenüberstehe wie früher. Der Gedanke, daß der Stadtrat die Erweiterung der Kleingärten beabsichtige, sei erfreulich und zu begrüßen. Weniger erfreulich sei das Bild von der städt. Landwirtschaft. Die Gutsverwaltung sei ein Schmerzenskind; allein der Spott, den man oft höre, sei unbegründet. Es sei doch zu berücksichtigen, daß der Betrieb im Kriege ins Leben getreten sei. Daß ein Zuschuß notwendig sein würde, war klar, allerdings an eine solche Höhe hat man nicht gedacht. Die Wirtschaft solle aber nun unter Bedingungen betrieben werden, die erträglich sind. Aus den Verhandlungen der Zweiten Kammer ist hervorgegangen, daß bei vielen Abgeordneten eine Feindschaft gegen die Städte bestehe. Auf die Dauer wird es aber doch wünschenswert sein, daß die Städte eine kleine Vertretung in der Landwirtschaftskammer erhalten. Redner spricht weiter über die Schülerleistungen, über den Landaufenthalt der Schulkinder, und über die Kostenfrage, hier sei es Schuld der Besen, wenn nicht genügend Kohlen ins Land gekommen sind, sie hätten auf Preiserschöbungen; weiter bespricht er das Verfahren der Reichsbekleidungsstelle, die in Konstanz die Waren zu ungleichen Preisen aufkaufe. Er frage, ob etwas Ähnliches auch in Karlsruhe geschehen sei. Das Ergebnis der städtischen Straßenbahn sei erfreulich, die Aufwendungen nach dem Kriege seien allerdings auch sehr groß. Zu beurteilen sei das Uebermaß der Freikarten auf der städtischen Straßenbahn. 1915 sind 18 800 Freikarten zu je 50 Fahrten ausgegeben worden, das hat sich erhöht im Jahre 1917 auf 19 000 Freikarten. Bei einzelnen Stellen sei die Stadt ja verpflichtet, Freikarten zu gewähren. Während beim Roten Kreuz die Zahl der Freikarten zurückgegangen, habe sich dagegen die Zahl beim Militär auf 415 000 Fahrten erhöht. Sollen das alles Ordnungszahlen sein? Wer benötigt diese Karten? Hier solle der Stadtrat einmal näher zusehen und das Uebermaß auf ein erträgliches Maß zurückführen.

Die Förderung der Kunst gehöre auch zu den Aufgaben der Stadt, allein bei der Beschränkung der Mittel der Stadt könne das nicht geschehen durch Ankauf von Bildern. Die Ausführungen des Prof. Defferting in der „Frankf. Bzg.“ hätten feindseligen Charakter getragen. Zum Schluß dankt der Redner allen, die im Betriebe der Stadt tätig sind, den Beamten wie den Arbeitern.

Stadtdr. Nebmann: Die anscheinend größere Wohlhabenheit, die in Wirklichkeit anders aus. Es sind nur wenige, die infolge der Kriegsgewinne zu der Erhöhung der Steuerkapitalien beigetragen haben. In Wirklichkeit ist die Luft zwischen reich und arm eine größere und breitere geworden. Eine Umlagerhöhung ist nur vermieden worden durch Erhöhung der indirekten Steuern, Straßenbahntarifserhöhung, Erhöhung der Gebühren. Sollte die Mittelbadische Elektrizitätsgesellschaft gegründet werden, dann ist es Aufgabe der Stadt, die Leitung der Gesellschaft in Gemeinschaft mit den beiden anderen Städten in die Hand zu bekommen. Die Gutsverwaltung ist krank, man muß bei ihr als einer Kriegsmaschine jetzt beide Augen zudrücken; aber nach dem Kriege ist zu prüfen, wie hier weiter zu verfahren ist. Die Stadt muß auch sehen, immer mehr Schulhäuser von der Militärverwaltung freizubekommen. Zu wünschen ist ferner, daß sich ein Weg finde, der es dem Hoftheater ermögliche, weiter seiner hohen kulturellen Aufgabe sich widmen zu können. Bezüglich des Kommunalverbandes ist zu wünschen, daß die Abrechnungen rascher vorgelegt werden. Man schenke der Stadtverwaltung gerne die Vorlage der Abrechnung von 1916, wenn möglichst rasch jene von 1917 vorgelegt werde. Es ist das Gerücht verbreitet, die Stadt beabsichtige zwei Konserndfabriken zu errichten; wie sieht es damit? Das Verfahren der Reichsbekleidungsstelle ist ein Schulbeispiel, wie der Wucher großgeädert wird. Diese Sache steht in unmittelbarer Nähe des Namens Daimler. Was da geschehen, ist nicht nur ein Verbrechen, sondern ein Unglück fürs Land. Hier gehört mit schärfsten Mitteln eingegriffen. — An der Arbeit der Feuerwehre beim Brand des Museums ist Kritik geübt worden. Diese Kritik ist ungerichtet, wir haben allen Anlaß, der Feuerwehre zu danken, sie hat ihre Schuldigkeit getan. Auch hier ist ein Mann auf dem Felde der Ehre gefallen. Hoffentlich bringt der Friede der Stadt die Möglichkeit, sich weiter in gesunder Weise zu entwickeln.

Stadtdr. Hof:

Im Volke versteht man es nicht, daß man einen solchen Voranschlag mit solchen hohen Anforderungen ohne lange Besprechung und Prüfung verabschiede. Aber auch die sozialdemokratische Fraktion hat dem Abkommen zugestimmt, denn es sind ja die einzelnen Voranschläge in vielen Kommissionen besprochen und eingehend durchberaten worden. Die Finanzlage der Stadt ist eine gute, denn es ist eine Mehreinnahme von 2 Millionen gegenüber dem letzten Jahre zu verzeichnen und eine Wenigerausgabe von 400 000 Mk. Die Zinsschuld für 1918 ist eine ziemlich hohe. Für die Arbeitslosenfürsorge ist ein Betrag von 14 000 Mk. vorgezogen, das ist eine winzige Summe, auch hier wird in der Friedenszeit eine große Aufgabe an die Stadt herangetragen. Die Satzungen sind auch veraltet, die Sätze müssen entsprechend den geänderten Verhältnissen erhöht werden. Die Erhöhung der Ausgaben für die Schülerleistungen und die Aufwendungen für fränkliche Kinder sind besonders erfreulich. Der Posten „Volksk.“ bringt eine bedeutende Mehrauf-

lage, im Ganzen 244 000 Mk., das ist eine gewaltige Summe, wenn man noch beachtet, daß die Stadt gar keinen Einfluß auf die Polizei hat.

Die Steigerung der Steuerkapitalien im verflossenen Jahre ist erheblich gewesen, das ist wohl schuld, daß eine Umlagerhöhung nicht nötig wurde. Wir haben aber schon früher erklärt, daß wir die verschiedenen Maßnahmen, die zur Umlagerhöhung einer Umlagerhöhung getroffen worden sind, nur mitmachen können, solange wir es verantworten können. Wir betrachten die Erhöhung der Straßenbahntarife, des Gaspreises usw. als Kriegsmassnahmen.

Die Ausführungen des Oberbürgermeisters über die Wohnungsfrage

enthalten viel Zukunftsmuff. In der gegenwärtigen Zeit haben wir auf diesem Gebiete schlimme Verhältnisse, man darf nur einmal einer Sitzung des Wohnungsausschusses anwohnen, da wird man das Wohnungsbedürfnis kennen lernen. Wenn es nur 30—40 Wohnungen sind, die durch Freigabe der Dackwohnungen frei werden, so ist das schon eine große Erleichterung. Alles sollte hier getan werden. Nach einer Verordnung des Stells. Generalkommandos hat die Stadt das Recht, alle leerstehenden Wohnungen oder Räume mit Beschlag zu legen; sie sollte von diesem Recht Gebrauch machen. Eine ganze Anzahl großer Wohnungen stehen hier leer, es gibt Wirtschaften, die geschlossen sind, da sollte man praktisch vorgehen. Am 1. April werden eine ganze Anzahl Leute ohne Wohnungen sein. Das Geiz über die Wohnungsmeldepflicht betrüben wir. Bei der Verwertung des städtischen Geländes muß darauf gesehen werden, daß es nicht zu Spekulationszwecken verwendet wird. Auch soll die Stadt nicht allein für ihre Beamten bauen, sondern auch Kleinwohnungen für die Allgemeinheit, so wie es die Stadt Köln tut. Mannheim beteiligt sich mit 30 Millionen an Kleinwohnungsbaun. In der Stadt Essen sind 700 Räume und Wohnungen durch eine Kontrolle festgestellt worden, die nun bebaubar und in Benutzung genommen worden sind. Viele Leute vergessen, sich an das Wohnungsausschuss zu wenden, auch Nichtkriegerfamilien erhalten Rat, Auskunft und Unterstützung. Der Stadtrat sollte sich mit dem Grund- und Hausbesitzerverein ins Benehmen setzen, um auf einer parteilosen Grundlage ein besseres Zusammenarbeiten der Mieter und Vermieter zu erzielen. Ein Erfolg wäre schon, wenn in Karlsruhe ein einheitlicher Mietvertrag geschaffen würde. Alle Streitigkeiten zwischen den Parteien sollten auch nach dem Kriege durch Mietvereinigungen geschlichtet werden. Auch jetzt sind schon Wohnungsangelegenheiten in fortdauernder Weise geistert worden, deshalb muß die Stadtverwaltung auch hier Schritte unternehmen. Wir unterstützen alle Maßnahmen des Staates und der Städte zur Unterstützung des Handwerks und des Hausbesitzes, allerdings gegen unbedingte Forderungen wehren wir uns.

Die Stadt Karlsruhe hat im Dezember ihren Beamten und Arbeitern eine Teuerungszulage gewährt, allein die Verhältnisse sind doch wieder derart geworden, daß schon wiederum Zulagen nötig sind, die auch von der Stadt, wie der Oberbürgermeister anführte, genehmigt werden. Aber die Zulagen müssen gerecht verteilt werden, bei den unteren Beamten und Arbeitern muß mehr getan werden als bei den oberen Stufen. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat eine Eingabe an den Stadtrat gerichtet. Der Stadtrat möge den berechtigten Wünschen weitgehendste Berücksichtigung zuteil werden lassen. Wir erkennen die Not des Kleinhandwerks gewiß an und helfen mit, um anzuhelfen. Aber wenn andererseits vom Arbeiter gesprochen wird, dann muß man immer sofort die Klagen über die „hohen“ Löhne der Arbeiter hören. Das sind aber unwahre Behauptungen. Man darf nur die Rüstungsindustrie in unserer Stadt betrachten, dann sieht man, wo die hohen Gewinne hinfommen. Hier hat eine Firma jeden Pfennig Lohnerhöhung abgelehnt, die Arbeiter müssen ständig zum Schlichtungsausschuß laufen. Dabei hat die Firma ihre Anlagen vollständig abgeschrieben und 12 Millionen Mark Gewinn verteilt. Kol. Niderst hat im „Volksfreund“ ein Budget eines Arbeiters aufgemacht, danach muß ein Arbeiter in der Woche 78 Mk. verdienen. Da müssen die Frau und die Kinder noch in die Fabrik, um das Geld zum Unterhalt beizubringen.

Ohne die Organisation des Nahrungsmittelamtes wäre die Versorgung der Bevölkerung zweifellos schlechter. Seit 1. März ist den Schwerarbeitern die 3 Rind Kartoffelzulage entzogen worden. Diesen Junag sollte man den Schwerarbeitern wieder zukommen lassen. Auch kam es vor, daß auf Märkten Polizisten und Marktmeister die Marktfräuen verankelten, wenn sie für eine Ware weniger als den Höchstpreis verlangten, den Höchstpreis zu fordern. Dazu sind doch die städtischen Beamten und Schlichter nicht da. Auch ist der Preis von 3 000 Mk., der letzte Woche für das Durobst verlangt wurde, viel zu hoch. Aus was für Kohlstößen wird der Stoffe-Criag hergestellt? Warum gibt man im Spätkohle den Hausfrauen nicht den Zucker, damit sie ihre Marmelade selber bereiten können. Zuckerkane käme das auch viel billiger. Wie sieht es mit dem Fett Diebstahl? Warum hat man in der Kohlelieferung nicht anders vorgegriffen, mancher Kriegerfrau stand der Zentner Kohlen bis sie ihn vom Rheinhafen zu Hause hatte, auf 4—5 Mk. Bei der Kartoffelzulage waren die Mäme des alten Gaswerks viel zu klein.

Daß bei der Erklärung des landwirtschaftlichen Gutes die Stadt zulegen müsse, das hat man zu Anfang gerührt. Zweifellos hat aber doch das Gut zu einer besseren Milch- und Fleischversorgung viel beigetragen. Sicher wird bei den anderen Verhältnissen nach dem Kriege auch hier eine bessere Gestaltung eintreten. Die begabten Schüler der Volksschule sollten an die höheren Schulen ohne lange Einzahlen und Restitionen überwiesen werden. Auch im Unterricht der Handelsschule sollte keine Minderung eintreten, eine Aufhebung des Unterrichts oder eine Verlegung auf die Abendstunden sollte nicht durchgeführt werden. Bei der Gewerbeschule sollte der praktische Unterricht seine Einwirkung erfahren.

Das städtische Krankenhaus soll nicht als werdende Anlage betrachtet werden, die Sanitätsrat ist, daß dort eine gute ärztliche Leitung vorhanden ist, wo die Kranken eine Linderung ihrer Leiden und Heilung finden.

Der Zustand an der Straßenbahn wird sicher hoffnungsvoll. Trotz der Verbesserung der Wäone und Gehälter ist dennoch die Bezahlung eine niedrige. Viele Wagen werden geführ über die Ausgabe der Wochenkarten. Die Karten sollten doch einfach eine Woche gelten, von dem Tage, an dem sie gelöst

werden bis zu dem entsprechenden Tage der nächsten Woche. So wie es jetzt gehandhabt wird, ist es ein ungerechter Zustand. Die elektrische Bahn nach Daxlanden sollte bald durchgeführt werden. In Fördheim ist ein Wartesaal, in dem sich ein Bänkchen befindet, auf dem 3 Personen Platz haben, auch hier gehört Abhilfe geschaffen. Für die Kriegerfamilien hat die Stadtverwaltung das Mögliche getan. Die Armenverwaltung hat auch höhere Ansprüche, sie werden aber nach dem Kriege noch größer werden, wenn die Kriegshilfe wegfällt.

Die Schulungen ist kolossal vergrößert, hier ist es eine große Aufgabe für den Lehrer in Gemeinschaft mit den Eltern nach dem Kriege wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Auch wir gehen unterer Brüder an der Front und wünschen, daß sie bald bei einem guten Frieden in die Heimat zu ihrer Familie zurückkehren können. (Beif. Beifall.)

Stadtdr. Bielefeld: Wenn auch der Voranschlag hohe Zahlen enthält, so ist zu berücksichtigen, daß der Grund vorhanden. Der Verlust des Museumsgebäudes und der Tod des tapferen Feuerwehmannes ist tief zu beauern. Die Frage sei aber anzugehen, wie es komme, daß ein Gebäude in dieser Lage in der Stadt bis auf den Grund niederbrennen konnte, um helle Tage es sollte zu erwägen sein, ob nicht vielleicht ein sachverständiger, technischer Leiter, Branddirektor, angestellt sei. Es mangelt auch an Sälen, vielleicht könne der kleine Saal im Konzerthaus eingerichtet werden. Die Neubekleidung der freigeordneten Stellen an der Akademie ist auch eine städtische Angelegenheit. Nebenbei regte weiter Einführung von Aufbetagen für das Bestattungspersonal an, sowie schiedweise Freigabe der Samstag-Nachmittage für die städtischen Beamten. Die weitere Regelung der Teuerungszulagen für die Arbeiter ist sehr erfreulich, das Freikartensystem ist nachzuprüfen. Auch der Krankentransportwagen sollte wieder in Betrieb gesetzt werden.

Stadtdr. Grund: Grundsatz muß in der städtischen Verwaltung größte Sparsamkeit sein. Die wirtschaftlichen Betriebe werden. Der Mittelstand kann sich bald erholen, wenn er sich freibleiben müssen. Die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen und Einrichtungen müssen nach dem Kriege so bald wie möglich abgebaut werden. Der Mittelstand kann sich bald erholen, wenn er sich freibleiben wird; die noch notwendige Rationierung nach dem Kriege dürfte nicht länger als unbedingt nötig bestehen bleiben. Redner wendet sich des weiteren gegen die städtischen landwirtschaftlichen Betriebe. Der Aufbau der Schulpflege ist zu fördern, die Ferienkolonien verdienen jede Unterstützung. Die Schüler sollten bei der Pflege der Schulgärten mit herangezogen werden; die Vererbung ist ein löses Kapitel, es wäre zu prüfen, ob der Lehrer nicht eine größere Strafmöglichkeit zugebilligt werden solle. Bei der Elektrizitätsversorgung, Mittelbadische Elektrizitätsgesellschaft, wäre es das zweckmäßigste gewesen, wenn die Städte allein die Sache in die Hand genommen hätten, die Mitwirkung von privaten Gesellschaften hat doch mancher Gefahren. Anzuerkennen ist, daß die Stadtverwaltung allen Notwendigkeiten, die an sie herangetragen sind, gerührt zu werden versucht habe.

D. V. Siegrist beantwortete die gestellten Fragen. Auch hier wurde beachtet, Waren für die Reichsbekleidungsstelle anzukaufen, ein Agent der Gesellschaft habe hier in einem Geschäft Waren angekauft. Der Abgesandte der Reichsbekleidungsstelle habe, wie heute mitgeteilt worden sei, den Auftrag gehabt, in einem Wollgeschäft Waren anzukaufen, er habe aber auch andere Geschäfte aufgesucht. Es seien sofort Schritte dagegen unternommen worden, auch seitens der badischen Regierung. Bei der Mittelbadische Elektrizitätsgesellschaft anbelangend, so seien die Verträge ja bereits abgeschlossen und vom Bürgerausschuß genehmigt. Die Sache stehe unmittelbar vor dem Abschluß. Wie die Sache schließlich werden soll, wenn immer wieder dagegen agiert werde, das könne er nicht sagen, er habe keine Ahnt, was immer wieder damit zu beschaffen, nachdem der Bürgerausschuß schon zweimal sich damit beschäftigt. Wenn die Elektrizität teuer werde, aus Gründen, die außerhalb des Machtbereichs der Stadt liegen, so sei doch die Stadt nicht schuld. Man soll doch noch abwarten, was aus der Sache wird.

Die Stadt habe Einrichtungen zur Bereitung von Marmelade geschaffen, hauptsächlich deshalb, um nicht Ware von Fabriken beziehen zu müssen, die man nicht kontrollieren könne; auch um den Zucker zu bekommen. Man könne es aber nie recht machen. Bei dem Brand des Museums kann der Feuerwehre kein Vorwurf gemacht werden, sie hat ihr Möglichstes getan. Der Brand wurde zu spät entdeckt und gemeldet. Die Feuerwache war etwas zu schwach, sie wird verstärkt werden müssen, im Stadtrat ist bereits darüber gesprochen worden. Wenn der Beitrag für die Arbeitslosenfürsorge nicht reichen sollte, dann wird er erhöht werden; es seien aber soziale Arbeiten zurückgestellt, das eine Arbeitslosigkeit in der ersten Zeit nach dem Kriege nicht zu erwarten ist. Die Maßnahmen betr. Wohnungsfürsorge können deshalb nur vorbereitende sein, weil so während des Krieges nicht gebaut werden darf. Wegen der Dackwohnungen sei beim Ministerium um Genehmigung eingereicht, aber Antwort sei noch keine gekommen. Wirtschaftlich und leere stehende Wohnungen zu beschlagnehmen habe die Stadt kein Recht. Bei der Verfügung des Gen. Stabs handelt es sich um Unterbringung von Beobachtern, von Militäringen. Die Kartoffelzulage für die Schwerarbeiter sei zurückgezogen worden auf Drängen des Ministeriums. Es sei unangenehm, wie es mit der Kartoffelversorgung in der nächsten Zeit werde. Im Falle Diebstahl ist eine Anzeige gemacht worden, daß er Futter unter Verheimlichung der Höchstpreise verkauft habe an Leute, die keine Futter von ihm zu beziehen hatten. Die Stadtverwaltung ist sofort eingegriffen, Diebstahl hat sein Verbrechen zugehandelt, die Stadt hat das Geschäft übernommen. Die Überzeugung darüber, daß Diebstahl Futter zu leicht gemacht habe, ist noch nicht abgeschlossen. Die Stadt habe da ein Verbrechen geahndet, das nicht gerechtfertigt war. Bezüglich der Kohlelieferung ist wiederholt angeregt worden, daß die Kohlenhändler Lager in der Stadt errichten. Die Händler verhielten sich ablehnend und erst neuerdings erklärten sie sich mit Errichtung eines Lager einverstanden.

Es soll jedoch auch ein Lager am Mühlburgerlat errichtet werden. Der Stadtrat hat energisch in Berlin die Forderung vertreten, daß die Städte rechtzeitig mit Kohlen versorgt werden. Es ist nun auch ein neuer Verteilungsplan aufgestellt worden und es ist zu hoffen, daß die Verhältnisse in nächsten Winter besser werden. Die Verbindung nach Daxlanden kann noch nicht aufgenommen werden, weil die Firma mit den Wagen im Rückstand ist. Die Wochenkarte gilt nur noch für die Kalenderwoche, es ist noch eingeführt wegen der besseren Kontrolle.

Damit ist die Beratung erschöpft. Die Anträge des Stadtrats über den Voranschlag werden jedam einstimmig angenommen.

Offen
In n. g.
Neuen
der werd
Stadtr
den komm
meindlich
Kommun
abhängig
werden.
und beschr
Anschlags
schickte
In allen
igen Par
der Unab
Partei 48

gemein
Krieger
e. m. o. r
stellung
Das ist d
in schick
das Bürg
stättlich
der weick
das wurde
brein zu
um Ober
Justizritt

• Das
ten Jahr
Berichte
allgemein

Gro

Co. 1
erth: „B
ist“, „Bri
gefährlich
Racht“, 7
min“. 7
heimein“
„Einstweil
„Nabale u
bis geg. 1
410. In
in neuer 1

Waldstr.
Ab he
Nur 8
Gastsp
in ih
Com
Melast
Ge
K
hervor
Beginn
24. März
2 Vors

Wir
en, Bäder
verkauft, j
führt. Gr
Mengen h
A.
Keim
ur mit K
Erfolg ver
pack. Mk.
Alleinverk
Mk. 1.90, a.
d. Gen.-Ve

Seite 4.

Aus der Partei.

Offenburg, 16. März. Mitgliederversammlung. Heute Samstag abend findet im Nebenzimmer der Neuen Pfalz eine wichtige Besprechung statt; die Mitglieder werden gebeten, vollständig zu erscheinen.

Stadtverordnetenwahl in Rommels. Trotz aller Anstrengungen konnten in Zeltow-Weeslow die Unabhängigen bei den Gemeindevahlen keine Erfolge buchen. Am Sonntag fanden nun in Rommels die Gemeindevahlen statt, auf deren Ausgang die Unabhängigen große Hoffnung setzten, jedoch schmerzlich enttäuscht wurden. Rommels ist eine Industrie- und Arbeitergemeinde, und deshalb kommt diesen Wahlen besondere Bedeutung zu. Die Unabhängigen waren sich darin absolut sicher, daß die Arbeiterklasse sich für sie einsetzen würde, aber diese hat gegen sie entschieden. In allen Bezirken wurden die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei mit großer Mehrheit gewählt. Auf die Kandidaten der Unabhängigen entfielen 245, auf die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei 484 Stimmen.

Zur Reichstagswahl in Niederbarnim

Demerit der "Vorwärts": Dieses wird — zum erstenmale seit Reichstagswahlen — eine Entscheidung zwischen zwei Sozialdemokraten sein. Die Bürgerliche Partei, bis zur Parteihaltung in Niederbarnim bedeutungslos, geben den Ausschlag. Das ist das herrschende Merkmal, das die Unabhängigen der Arbeiterklasse besichert haben, daß in einem ihrer sichersten Wahlkreise das Bürgertum darüber zu bestimmen hat, welcher von sozialdemokratischen Kandidaten in den Reichstag zieht. Früher bestimmten nur das. Auch vor der Spaltung gab es Richtungen in der Partei, aber welche der Richtungen einen bestimmten Kreis vertreten sollte, das wurde innerhalb der Organisation ausgemacht. Niemand hatte daran zu denken, daß die Unabhängigen das Bürgertum zum Oberrichter im Wahlkreis ernannt. Welch herrliche Fortschritte durch die Parteizerteilung.

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 16. März.

Die Zehn-Uhr-Feierabendstunde.

Das Groß- Ministerium des Innern hat im letzten Jahre mit Eintritt der Winterzeit und dem schärferen Hervortreten der Kohlennot die Feierabendstunde allgemein auf 10 Uhr festgesetzt. Es ging darin weiter als

andere Behörden außerhalb des badischen Landes. In Berlin und anderen Großstädten Preußens wurde auch den Winter über die auf 1/2 12 Uhr festgesetzte Feierabendstunde beibehalten. In der neuen Pfalz ist der Gastwirtsbetrieb bis 11 Uhr am Abend offen. Tessen ungeachtet nahm man in Karlsruhe die frühe Feierabendstunde in Kauf, weil der Hinweis auf die drohende Kohlennot jeden Widerspruch zum Verschwinden brachte.

Wenn bisher die Zehn-Uhr-Feierabendstunde gerechtfertigt sein möchte, so scheinen uns nun aber die Voraussetzungen für diese fortzufallen zu sein. Die Sonne steht höher am Firmament, es ist länger Tag, es ist wärmer und die Kohlenverföhrung ist über die größten Schwierigkeiten hinweg gebracht. Die Bevölkerung hält sich ohnedies nicht länger in den Wirtschaften auf, als dem Anstand entspricht. Denn die gebotenen Getränke reizen ja nicht zum Uebermaß des Konsums. Andererseits aber ist es für viele Menschen nicht möglich, sich mit den Hühnern schlafen zu legen. Ein nicht unerheblicher Teil der wertvollen Bevölkerung kommt erst um die 8 Abendstunde von der Arbeit. Viele in Bureaus tätige Personen oft noch später. Und für viele von diesen ist es geradezu ein Bedürfnis, in Ruhe bei ihrer Zeitung oder in Unterhaltung ein paar Abendstunden verbringen zu können. Und da nun feststeht, daß in Freiburg i. B. mit der Zehn-Uhr-Feierabendstunde nicht auszukommen war (für Freiburg war diese infolgedessen auf 11 Uhr festgesetzt), so ist es an der Zeit, die Polizeistunde wieder hinauszurücken.

Der Lebensbedürfnisverein hatte im Jahre 1917 einen Umsatz von 5316 435 Mark, einen Reingewinn von 361 468 Mark, sodaß wieder eine Dividende von 6 Prozent verteilt werden kann. Die Zahl der Mitglieder beträgt 12 229.

Wer ist der Glückliche? Auf die Losnummer 57 125 der Wagnier-Dombaugetriebelotterie in der Kollektion des hiesigen Bankgeschäftes Gög ist der Haupttreffer von 50 000 M. gefallen.

Fußballspiel. Der Kriegssportklub der Notensportvereine von Karlsruhe und Umgebung hat die Stadtmannschaft Mannheim für kommenden Sonntag zu einem Spiel nach Karlsruhe gegen die hiesige Stadtmannschaft verpflichtet. Das Treffen findet auf dem Platze des K. F. B. nachmittags 1/2 8 Uhr statt.

Unfall. Vorgestern Abend sprang eine Krankenwähler am Mühlburgerquertor von einem fahrenden Straßenbahnwagen der Linie Hauptbahnhof—Kühler Krug ab, fuhrte zu Boden und war

ferntlos. Sie wurde zunächst nach der Polizeistunde Mühlburgerquertor und von dort mit dem Krankenauto nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Körperverletzung. Ein 17 Jahre alter Arbeiter von hier verletzte vorgestern Vormittag in einem Depot in der Gottesackerstraße nach vorausgegangenem Wortwechsel einen Mitarbeiter einen Messerstich in den Unterleib und verletzte ihn lebensgefährlich, so daß seine Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus erforderlich wurde.

Arbeiterbildungsverein. kommenden Montag, 18. März, abends 8 Uhr hält im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 Herr Rechtsanwalt Otto Heinsheimer einen Vortrag (mit Lichtbildern): „Die Ukraine — Land und Leute“. Der Besuch ist unentgeltlich, Gäste sind willkommen.

Kolosseum. Heute Samstag, den 23. März, abends 8 Uhr beginnt ein neues Programm mit einem achtstägigen Gastspiel der bekannten Universal-Künstlerin „Käte Loisset“, der beliebte bohr. Komiker „W. F. Niederer“ wurde für dieses Programm prolongiert. Die übrigen auftretenden Künstler sind aus dem heutigen Inzerat ersichtlich. Morgen Sonntag — einziger Sonntag mit diesem Programm — zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

53. Ihre Frage ist so allgemein gehalten, daß wir eine auf Ihre Verhältnisse passende Auskunft nicht geben können. Familienunterstützung wird gewährt im Falle der Bedürftigkeit.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe-Mühlburg (Bruderverein). Sonntag, den 17. März, abends 6 Uhr, gemütliche Zusammenkunft.

2901 Der Vorstand.
Karlsruhe (Naturfreunde). Heute Abend 8 Uhr Versammlung in der „Gambriusshalle“.

2902
Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Adel; für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Grossherz. Hoftheater.

Spielplan vom 17. bis 26. März.

So. 17. im Hofth. C. 42. „Mignon“. 1/2—1/4 10; im Konzert: „Jugendfreunde“, 7—1/2 10. — Mont. 18. A. 43. „Frauenhül“, „Bridelstein sein“, 7—1/2 10. — Dienst. 19. B. 44. „Die gefährlichen Jahre“, 7—9. — Donn. 21. C. 45. „Wölfe in der Nacht“, 7 bis n. 1/2 10. — Freit. 22. A. 46. „Der schwarze Domino“, 7 bis n. 1/2 10. — Samst. 23. B. 46. „Die Nabenheinerin“, 7 bis geg. 10. — Sonn. 24. im Hofth. A. 45. Neujahrsfeier: „Josef in Ägypten“, 1/2 bis geg. 9; im Konzert: „Sakale und Liebe“, 8—1/2 11. — Mont. 25. C. 44. „Dicer“, 7 bis geg. 10. — Dienst. 26. B. 45. „Josef in Ägypten“, 7 bis n. 1/2 10. In Vorbereitung für die Osterfeiertage: „Hans“, I. Teil, in neuer Ausstattung. 2897

Baterländischer Hilfsdienst.

Jeder im Reichsgebiet wohnhafte männliche Deutsche oder Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, der das 17. Lebensjahr vollendet, hat sich spätestens zwei Wochen nach diesem Zeitpunkt bei dem Einberufungsausschuss seines Wohn- oder Aufenthaltsorts zur Eintragung in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen zu melden.

Zu gleichem Zwecke hat sich jedes männliche Deutsche oder Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie im Alter vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 30. Lebensjahre, der nach dem 20. Dezember 1917 seinen Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in das Reichsgebiet verlegt, bei demselben Ausschuss zu melden, sofern er nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehört.

Die Meldung kann persönlich oder schriftlich erfolgen. Die schriftliche Meldung geschieht durch Abgabe der ordnungsmäßig ausgefüllten, vorgezeichneten Meldeliste an den Einberufungsausschuss des Wohn- oder Aufenthaltsorts oder durch Abgabe der ordnungsmäßig ausgefüllten, vorgezeichneten Meldeliste in offener an den Einberufungsausschuss adressierter, unfrankierter Umschlag bei einer Postanstalt (Postagentur) gegen Ausbändigung der ausgefüllten und gestempelten Meldebefähigung. Diese Befähigung ist sorgfältig aufzubewahren.

Die Leiter von öffentlichen oder privaten Anstalten (Straf-, Besserungs-, Heilanstalten usw.) mit Einschluß der geschlossenen Unterrichtsanstalten (Internate) werden auf die Vorschriften des § 5, des § 8 Abs. 4, des § 15 und des § 16 Abs. 2 der Verordnung hingewiesen.

Wer die Meldung schuldhaft unterläßt, kann vom Einberufungsausschuss mit einer Ordnungsstrafe bis 100 M und, wenn die Geldstrafe nicht beigetrieben ist, mit Haft bis zu drei Tagen bestraft werden. Gegen Festsetzung der Strafe findet Beschwerde an die beim Kriegsamte in Berlin N.N. 7, Friedrichstraße 100, errichtete Zentralstelle statt; die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M wird bestraft, wer in der Meldung wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Karlsruhe, den 16. Februar 1918. 2672

Das Bürgermeisteramt.

BUNTE BÜHNE.
Waldstr. 16/18 **COLOSSEUM** Telefon 1938
Ab heute Samstag, den 16. März, bis mit Samstag den 23. März 1918.
Nur 5 Tage! Gastspiel von **Käte Loisset**, Deutschlands vielseitigste Künstlerin
Ueberall Stadtgespräch! 2900
Petra Boas in ihren eigenen Tanzdichtungen.
Conradi und Lissy Meister der Fankunst.
Geschwister Kuttert hervorragender Sportakt.
Beginn der Vorstellungen pünktlich 8 Uhr. Sonntag, den 24. März, einziger Sonntag mit diesem Programm, 2 Vorstellungen, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Karlsruher Lebensversicherung a. G.
Kriegsanleihe-Versicherung ohne besondere Anzahlung.
Die Stücke für Kriegsanleihe-Versicherung werden von der Anstalt für den Versicherungsnehmer gezeichnet. 2908
Versicherungsbestand 800 Millionen Mark

Papier. 2798
Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, abzuliefern.

A. Braun & Co.
Keine Wanze mehr für 1.50
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodal I und II zu erzielen. 2898
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verbürgend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Doppelpack. Mk. 1.50. Ausreichend für 1—3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: **Otto Fischer, Karlstr. 74.** Bei Einsend. v. Mk. 1.90, a. Post-checkkonto Berlin 3 284. Portof. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertr. **Herrn A. Grössel, Berlin SW 11 Königgrätzerstr. 49.**

Werkzeug-Schlosser
für sofortigen Eintritt gesucht. 2898
Meier'sche Fabrik G. m. b. H., Karlsruhe, Ruppurrerstr. 66.

Ein Schreiner u. ein Blechner
für Reparaturarbeiten alsbald gesucht. Invaliden bevorzugt.
Städtisches Milchamt Karlsruhe,
Jägeringerstraße 4 2873

Arbeiter-Bildungsverein E. U.

Montag, den 18. März, abends 8 Uhr, in unserem Hause Wilhelmstraße 14

Vortrag (mit Lichtbildern)
des Herrn Rechtsanwalts Otto Heinsheimer:
„Die Ukraine, Land u. Leute“.
Der Besuch ist unentgeltlich. — Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Einige tüchtige
Küfer oder Kübler
finden sofort dauernde Beschäftigung bei der
Gesellschaft Sinner, Abteilung Marmelade,
Karlsruhe-Grünwinkel. 2860

Tüchtiger Ankerwickler
mit allen Stromarten bestens vertraut, zu mögl. sofort. Eintritt gesucht, Kriegsinval. werden berücksichtigt. Angebote mit klaren Angaben erbiten. 2848
„Apparat“ G. m. b. H.
Eßlingen a. N., Martinstraße 4.

Drucksachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Goldkreuzes“.
Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Gehaufgebote, Nikolaus Maubert von Ochsenfurt, Amtsdienster hier, mit Anna Braun von Wäferndorf. Walter Hochhäuser von hier, Kaufmann hier, mit Maria Wieser von hier.
Gehaufgebote, Oskar Graf von hier, Bootsmannmaat in Wilhelmshaven, mit Helene Bauer von Gelnhausen.
Geburten, Werner Joseph, v. Ab. Kuhn, Kaufmann. Elisabeth Helene Verta, v. Eugen Pfeifer, Kaufmann. Rosa, v. Wilh. Schwab, Gasenarbeiter. Arthur Adolf, v. Adolf Bunsch, Sattler. Herbert Oskar Otto, v. Oskar Fleig, Schuhmacher. Paula Maria, v. Karl Siebert, Schlosser. Hermann Stephan, v. Anton Alois Braun, Landwirt. Elsa Maria, v. Christian Marzgraf, Kaufmann. Hermann, v. Georg Friedrich Ganz, Maurer. Silke Katharina, v. Heinrich Gemberger, Fabrikarbeiter. Karl, v. Karl Ernst, Dekorationsmaler. Robert Willi, v. Wilhelm Hafner, Zahnmeister-Stellvertreter. Wilhelm Friedrich, v. Wilhelm Lang, Schmied. Gertrud Sofie, v. Karl Wipfel, Schlosser. Liselotte, v. Josef Bauer, Bautechniker. Jmgard Margaretha, v. Friedrich Hermann Reich, Postassessor. Mina Pauline, v. Leopold Hölzer, Wagenführer. Kurt Werner, v. Heinrich Kober, Maschinist. Werner Rudolf, v. Rudolf Walter, Pader. Walter Franz, v. Gustav Dehmer, Drechsler. Mina Anna, v. Johann Martin Stober, Fabrikarbeiter.
Todesfälle, Henriette Maubert, 37 J. alt, Ehefrau von Gustav Maubert, Holzhändler. Pauline Schneider, 69 J. alt, Witwe von Franz Anton Schneider, Wagenwärter. Heinrich Köhler, 68 J. alt, Bahnpostbote. a. D., 73 J. alt, Christoph Grimm, Privatmann, Witwer, alt 82 J. Magdalena, alt 1 J., v. Karl Duffourd, Lackier. Karoline Dinger, alt 68 J., Ehefrau von Johann Dinger, Bahnarbeiter.

LUL

Luxeum = Lichtspiele

Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Hedda Vernon

in 2805

Noemi, die blonde Jüdin

Drama in 4 Akten.

Else Eckersberg

in ihrem neuesten Lustspiel

Elses letzter Hauslehrer

3 Akte.

P. T. Palast-Theater P. T.

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Von Samstag bis einschl. Dienstag!

Ellen Richter

in ihrem neuen Film

Strandgut

Schauspiel in 4 Akten von Carl Schneider.

Regie.

Richard Eichberg 2894

Paul Westermeyer und Gertrud Hesterberg

in

Die Eheschule

Lustspiel in 3 Akten. Verfasst u. inszeniert v. William Karfiol.

Welt-Kino

Kaiserstrasse 133.

Samstag bis einschl. Dienstag

Alleiniges Erstaufführungsrecht.

Neuester Film der

William Kahn-Serie 1917/18.

Der Fall Grehn

Ein Erlebnis des Rat Anheim

in 5 Akten.

Verfasst und inszeniert von William Kahn mit

Lo Vallis und Ernst Pitschau

in den Hauptrollen. 2896

Sowie das übrige abwechslungsreiche Programm.

Es werden aufgenommen:

Steindruckerlehrling

Kupferdruckerlehrling

gesunde, kräftige Söhne achtbarer Eltern. 2885

Kunsthandwerk-Künstlerbund

Karlsruhe G. m. b. H.

Karlsruhe, Erbprinzenstr. 10.

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Junge Mädchen

im Alter von 14-16 Jahren finden Beschäftigung bei

F. Wolff & Sohn

G. m. b. H. 2799

Karlsruhe,

Durlacher Allee 31/33.

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Schreiner, Schlosser u. Tüncher

garantierdienst- oder arbeitsverwendungsfähig, sofort gesucht. Angebote unter Chiffre G. 1068 an die Geschäftsstelle des Volksfreund. 2860

Gewerkschafts-Kartell

Karlsruhe.

Donnerstag, den 21. März 1918, abends 8 Uhr, in der Gewerkschafts-Zentrale, Kaiserstraße 13

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Jahresberichte.
3. Kassenberichte.
4. Beitragsregelung.
5. Neuwahl der Gesamterwaltung. 2898

Das pünktliche Erscheinen aller Vertreter ist unbedingt notwendig.

Die Kommission.

Für **Beruf und Einkauf**

empfehlen wir:

Markttaschen (Wachstuch) sowie in Ersatzstoffen

Verlängerungstaschen

Ringstofftaschen

Frühstückstaschen

Schaffnerstaschen

Reise-Handtaschen

Rucksäcke

Wickel- u. Stulpen-Gamaschen

Hosenträger

Brieftaschen

Uhr-Armbänder

Koffer-Haus Geschr. Lämle

51 Kronenstrasse 51

— Telefon 1451. —

Annahme v. Reparaturen in Damentaschen u. Geldbeutel. 5747

Abgängige Tiere

aller Art kauft

Städtisches Gartenamt

Karlsruhe. 2188

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante **Wannenbäder.**

I., II. und III. Klasse.

Für Herren und Damen geöffnet Werktags vorm. 8-1 Uhr, nachm. 3-8 Uhr, Samstags abends bis 9 1/2 Uhr., Sonntags geschlossen.

Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 2185

Galz 2886

in Groß- und Kleinverkauf hat, so lange Vorrat reicht, ständig abzugeben

N.J. Homburger

Kronenstr. 50 Tel. 152.

Mandolinen, Zithern, Ziehharmonikas, kauft Levy, geschäft.

Markgrafenstraße 22.

Ein ordentlicher Junge als **Schreinerlehrling**

solwie ein solcher als **Buchdruckerlehrling**

mit guten Schulzeugnissen werden aufgenommen. 2851

Buchdruckerei Sander

Sofienstraße 79.

Zieh-Harmonika, noch gut erhalten. 2892

Scherrstr. 2, 4. Stock links.

Lebensmittel-Verteilung

in der

Woche vom 18. bis 24. März 1918.

I.

1. **Weizengrieß**
1/2 Pfund zu 7 Pfg. gegen die Marke E Nr. 81.
2. **Gebäck**
2 Paete gegen die Marke F Nr. 81.
3. **Dörrgemüse (Belbrüben)**
1/2 Pfund zu 40 Pfg. gegen die Marke G Nr. 81.
4. **Marmelade**
1/2 Pfund zu 48 Pfg. gegen die Marke H Nr. 81.
5. **Haushaltungsmehl**
1/2 Pfund gegen die Sondermarke Nr. 82. Die Sondermarke Nr. 82 wird deshalb mit 250 gr Roggenbrot und 1/2 Pfund Haushaltungsmehl eingelöst.
6. **Fett**
125 gr in den Fettverkaufsstellen Nr. 223 bis 201 einschließlich am Montag, Dienstag und Mittwoch.
7. **Kindernährmittel**
1 Palet von 250 g zu M. 1.— gegen die Zusatzmarke für Kindernährmittel Nr. 81.
8. **Fleisch**
225 g (175 g Fleisch und 50 g Wurst).
9. **Kartoffeln**
7 Pfund gegen die Kartoffelmarke B Nr. 81 mit Anhang.
10. **Sauerkraut**
In den städt. Verkaufsstellen und auf den Märkten wird Sauerkraut bis auf weiteres markensfrei abgegeben. Preis 25 Pfg. für das Pfund.
11. **Obstwein**
Wird in Mengen von 20 bis 100 Liter ausgegeben. Bestellungen sind bei uns schriftlich einzurichten. Preis 90 Pfg. per Liter ab Joh.

II.

Die Verteilung der Waren erfolgt nur in der Woche vom 18. bis 24. März 1918 einschließlich.

III.

Eintauschstellen für Sondermarken (Kranke- und F-Marken, Verjüngung von Mutter und Kind und Zusatzmarken für Kindernährmittel) für die unter 1 bis 7 aufgeführten Lebensmittel:

Die städtischen Verkaufsstellen Kaiserstraße 74, Kriegstraße 90, Karlstraße 23 und die Filiale der Firma Pfannkuch u. Co., Rheinstraße 25.

Für Fett ferner die städt. Verkaufsstelle Butterblume, Amalienstraße 29.

IV.

Zeit für Abrechnung und Ablieferung der Marken: für Fett Samstag, den 25. März und für die anderen Waren Mittwoch, den 28. März 1918. Restbestände bleiben zu unserer Verfügung.

V.

Für die Woche vom 25. bis 31. März 1918 sind zur Verteilung vorgesehen:

Sago 1/2 Pfund	Fett
Feigwaren 1/2 Pfund	Eier
Dörrobst 1/2 Pfund	Kindernährmittel
Marmelade 1/2 Pfund	Fleisch
Bohnenkaffee 80 gr für große Haushaltungen	Kartoffeln
40 gr für kleine Haushaltungen	Sauerkraut und Obstwein.
Zucker 300 gr	

Karlsruhe, den 15. März 1918. 2888

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Residenz-Theater

Waldstrasse.

Samstag bis einschliessl. Dienstag.

Alleiniges Erstaufführungsrecht!

Im Angesicht des Todes.

Drama in 5 Akten.

Die Schlangede Cleopatra

Lustspiel in 3 Akten. In der Hauptrolle:

Anna Müller-Linke.

Bukarest im 3. Kriegsjahr.

Ausgabe des Bild- und Filmmant 2891